

**CDU will Raesfeld`s Zukunft aktiv mitgestalten** – Ausführungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Tünte zur Verabschiedung des Gemeinde-HH für das Jahr 2015 am 15.12.2014

### **Raesfeld soll Kommune der Zukunft sein bzw. werden**

Das Ergebnis eines Symposiums der Bertelsmann-Stiftung besagt, dass die Kommunalfinanzen, altersgerechtes Leben, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie Schulträgeraufgaben die wichtigsten und gleichzeitig herausforderndsten kommunalen Handlungsfelder der Zukunft sein werden

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, unsere Zukunft, soweit wie möglich selbst in die Hand zu nehmen und gleichzeitig solange wie möglich zu verhindern, noch stärker Zwängen unterliegen, die wir nicht verändern können und von außen gesteuert und bestimmt zu werden.

### **„Ein Weiterso“ wird es und darf es nicht geben“.**

Diese Aussage passt gut in die Vorstellung, die die CDU-Fraktion zukünftig für die Gemeinde Raesfeld anstreben wird. Sie stammt nicht von mir, sondern von Dr. Winfried Kösters, der uns in seinem Vortrag zum Thema „Schaukelpferd oder Schaukelstuhl – Chancen und Wirkungen des demografischen Wandels in Raesfeld“ mit vielen interessanten Thesen überrascht hat

Ich habe jedenfalls oft an viele seiner Aussagen, Prognosen und Einschätzungen, speziell für unsere Gemeinde gedacht.

Ich möchte mir heute seine Aussage

### **„Ein Weiterso“ wird es und darf es nicht geben“**

zu Eigen machen. Und ich will Ihnen im Namen der CDU-Fraktion auch sagen, warum.

Die CDU ist bei der Kommunalwahl mit ihrem Bürgermeister, Andreas Grotendorst, u.a. angetreten, die Dorfentwicklung voranzutreiben. Unser Programm bis 2020 enthält Schwerpunktaussagen zur Familie, zur Bildung, zur Wirtschaft, zur Natur, Umwelt und Energie, zu den Ortsteilen Raesfeld-Erle-Homer, zum Ehrenamt und den Vereinen, zu Sport

und Freizeit sowie zur Arbeit im Rathaus, die wir nach und nach in aktive Gemeindepolitik umsetzen wollen.

### **Was haben wir 2014 Wesentliches geschafft?**

- Mit dem Ausbau der Straßen Thiespatt, Meis Wieske, Pfarrer-Nonhoff-Straße, Im Erbgrund und Up`n Plass haben wir die Infrastruktur im Ortsteil Erle an mehreren Stellen verbessert
- Der Brink ist fertig. Hier ist es gelungen, durch eine gute Planung und eine teils anstrengende, aber erfolgreiche Umsetzung die Ursprünglichkeit des Brink zu erhalten
- Die Schulhöfe wurden naturnah umgestaltet
- Weitere Sanierungsschritte an der Kläranlage wurden umgesetzt
- Die technische Ausstattung des Bauhofes wurde ergänzt
- Die Sporthalle und Umkleide an der St. Sebastian-Grundschule wurde saniert
- Erste Schritte in Richtung eines gemeindlichen Archivs sind eingestiegt
- Die Mitarbeiter des Jugendwerkes haben durch ihre Information für mehr Transparenz gesorgt
- Der TSV hat es mit enormem Engagement geschafft, mit einem Zuschuss von 250 TEURO den Kunstrasenplatz zu bauen und hat ein dickes Lob verdient
- Auf Initiative der CDU-Fraktion sind die ersten Aktivitäten i.S. Dorfentwicklungsplanung gestartet
- Die Diskussion über eine Verbesserung der Pflege der öffentlichen Grünanlagen ist durch den Antrag der CDU-Fraktion in Gang gekommen
- Das Naturparkhaus ist personell und inhaltlich neu aufgestellt

Mit dem Gemeindehaushalt für 2015 und den im HH prognostizierten Einnahmen und Ausgaben muss die Gemeinde Raesfeld einen Weg gehen, der uns allen nicht gefallen darf. Nicht, weil **wir** das so wollen, sondern weil der HH durch vielfältige Einflussfaktoren von außen geprägt ist, ohne dass wir etwas verändern können

Die Eingangsbemerkung „**Ein Weiterso“ wird es und darf es nicht geben“** zu bleiben, bringt das auf den Punkt, was unser Bürgermeister Andreas Grotendorst und der 1. Beigeordnete, Martin Tesing, bei der Einbringung zum Ausdruck gebracht haben:

## **Unser Problem ist ein strukturelles Defizit von mehr als 2,4 Mio. €, d.h., die Einnahmen reichen nicht aus, um die Ausgaben zu finanzieren**

Damit setzt sich der seit einigen Jahren bekannte negative Trend fort. Wir leben auf Kosten der Substanz – auf Kosten der Zukunft. Ich habe nur den Eindruck, wir nehmen diese Tatsache nicht so wahr, wie wir es bei vernünftigem Verhalten tun müssten. Auch die Raesfelder Bürger bemerken davon so gut wie nichts, weil bisher immer alles schön so weiterläuft. Aber diese Wahrnehmung ist trügerisch und unter Vorsorgegesichtspunkten auf Dauer nicht vertretbar.

### **„Ein Weiterso“ wird es und darf es nicht geben“**

Wenn ich die Aussage des Bürgermeisters richtig im Kopf habe, hat er davon gesprochen, dass der diesjährige HH **der „schlechteste HH“** ist, den er bisher einbringen musste.

Wenn man diese Aussage des Bürgermeisters in Verbindung bringt mit den Bestimmungen des Artikels 28 des Grundgesetzes, müsste es eigentlich grundlegend anders sei, auch in Raesfeld.

Dort heißt es nämlich:

„Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung usw....“ Dafür zu sorgen ist nicht allein Sache der Gemeinde, im Gegenteil, sie hat nur geringen Einfluss auf die Gestaltung ihrer Einnahmequellen, gefragt sind hier an erster Stelle das Land NRW und der Bund.

Wir sehen das Prinzip der Konnexität, nach dem es heißen sollte: „wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“ in vielen Bereichen nicht mehr gewährleistet. Bund und besonders das Land NRW entziehen sich in vielen für die Gemeinde elementar wichtigen Bereichen ihrer Verantwortung.

Wir alle haben zunehmend das Gefühl, dass den Gemeinden immer mehr Aufgaben und Verantwortung übertragen werden, dass die finanzielle Ausstattung der Gemeinde aber nicht ausreicht.

Ich möchte mich auf einige wenige Beispiele beschränken, die dies deutlich machen. Denn allein die Tatsache, dass die Gemeinde weiter schuldenfrei bleibt und unsere Region lt.

Landesamt und Bertelsmannstiftung zu den sparsamsten gehört, darf nicht darüber hinwegtäuschen, vor welchen Problemen wir stehen:

1. Ich nenne die Kreisumlage an erster Stelle. Auch, wenn angekündigt ist, dass der Umlagesatz der Kreisumlage sich noch geringfügig zugunsten der Städte und Gemeinden verändern wird, macht die Kreisumlage den größten Batzen aus. Der Kreis Borken erhält von der Gemeinde incl. der Jugendamtsumlage mehr als 5,5 Mio €. Das fatale an diesen Zahlen ist nicht die Einmaligkeit der Erhöhung von ca. 450 TEURO für 2015, sondern die Tendenz kontinuierlich steigender Beträge. Ich bin mir nicht sicher, ob im Kreistag jemals die Frage gestellt worden ist bzw. wird, wohin solche Steigerungen führen sollen. Auch der Kreis hätte Möglichkeiten, zu sparen. Eine wesentliche Begründung für die Anhebung der Kreisumlage liegt mit einem Mehraufwand von 6 Mio. € bei den Personalkosten und Pensionslasten. Konsequenz wäre es doch, an erster Stelle den Stellenplan nach Einsparmöglichkeiten zu durchforsten. Es ist zu befürchten, dass es weitere Steigerungen geben wird. Ein weiteres Beispiel ist die Beteiligung des Kreises Borken am Flughafen Münster-Osnabrück, bei dem hohe Nachschusspflichten zu befürchten sind, die auch die Gemeinden im Kreis Borken belasten werden. Wir können uns noch so abmühen. Wenn die Belastungen sich weiter so entwickeln, werden sie über kurz oder lang nicht mehr verkraftbar sein. Das Argument des Landrates „der Kreis Borken steht gut da und will mit den Städten und Gemeinden dieses Topniveau halten“ muss m.E. für die Zukunft hinterfragt werden. Wenn dieses Topniveau nicht mehr zu bezahlen ist, was dann?
2. Inzwischen ist es in vielen Politikfeldern so, dass von der Gemeinde die Übernahme der Funktion eines Generalausfallbürgers erwartet wird. Das wird z.B. deutlich
  - a) an Investitionen im Bereich der U 3-Kinderbetreuung und an den laufenden Kosten
  - b) an den Unterbringungs- und Krankheitskostenregelungen für Asylbewerber – Einnahmen von rd. 80 TEURO stehen Aufwendung von ca. 450 TEURO gegenüber
  - c) an den Kostenregelungen für das Offene Ganztagsangebot in den Schulen
  - d) an den Regelungen über die Schulsozialarbeit, die uns aktuell beschäftigt

- e) am Thema Inklusion, das uns in Zukunft mit ziemlicher Sicherheit in ähnlicher Form beschäftigen wird, weil qualitative Erwartungen und Ansprüche mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nach Überzeugung der CDU nicht gewährleistet werden können
- f) am Thema Breitbandversorgung im ländlichen Raum, bei dem wir sträflich vernachlässigt werden. Nicht, weil wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben, sondern, weil Vertragspartner, auf die wir uns verlassen können müssen, nicht das halten, was sie uns versprochen haben. Die Rekener Kritik an dem Borkener Unternehmen verspricht, selbst, wenn wir dran wären, nicht viel Gutes. Der Service wird als „unsäglich“ beschrieben. Die Überschrift: „Deutsche Glasfaser lässt Burlo zappeln“ lässt nichts Gutes erahnen
- g) an allgemeinen Regelungen, die der Gemeinde zunächst einmalige Lasten aufbürden, die schneller, als wir alle gucken können, zur Dauerlast werden
- h) am Verhalten des Landes NRW, das die sparsamen Gemeinden an der Sanierung maroder Städte und Gemeinden beteiligen will

Und, wenn ich mir in diesem Zusammenhang einen Bericht der BZ vom 18. November 2014 auf der Zunge zergehen lasse, dass SPD und Grüne in Dortmund, einer Stadt, die eine Verschuldung von 2 Mrd. € zu tragen hat und, die neben vielen anderen, vornehmlich großen Städten, zusätzliche finanzielle Unterstützung des Landes beansprucht, für Gleichberechtigung an Fußgängerampeln eintreten, dann muss ich mich schon fragen: „Wo leben wir eigentlich?“ Zum besseren Verständnis: damit ist gemeint, dass SPD und Grüne in Dortmund dafür eintreten die Ampelmännchen gegen Ampelfrauen auszutauschen. Die geplante Umstellung wird von den Fraktionsvorsitzenden mit mehr Sicherheit begründet, angeblich, weil die Ampelfrau wegen ihres Designs mit Kleid und Zopf mehr Leuchtfläche bietet. Und die Überlegungen pervertieren und steigern sich noch darin, dass eine Umstellungsquote von ca. 50 % als Ziel genannt wird. Wer auf solche Klöpse kommt, der hat nach unserer Meinung nicht mehr verdient, ernst genommen zu werden und schon gar keine Ansprüche zu erheben, von sparsamen Gemeinden einen Finanzausgleich zu erwarten

Die CDU-Fraktion geht fest davon aus, dass die zu verteilende Steuermasse, auch, wenn ständig von steigenden Steuereinnahmen berichtet wird, kontinuierlich geringer werden wird. Nachhaltig steigende Einnahmen aus Zuweisungen des Landes, wie es weder für

Investitionen noch zur Erledigung übertragener Aufgaben geben. Wer an Verbesserungen glaubt, kann und wird u.E. enttäuscht werden

Obwohl der Bund die Kommunen bei der U-3-Betreuung, bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderungen, bei den Steuern, bei den sog. Entflechtungsmitteln und bei der Bildung trotz Zuständigkeit der Länder entlastet hat und weiter entlastet, kommt davon bei den Kommunen, so auch in Raesfeld, wenig an.

Raesfeld hat aus fiskalischer Sicht das Pech, zu NRW zu gehören. Trotz der geschilderten Unterstützungsmaßnahmen durch den Bund erwirtschaftet NRW lt. Schreiben des Bundesfinanzministeriums von 2014 mit 2,5 Mrd. EURO das absolut höchste Defizit. Zuletzt war zu lesen, dass der NRW-Finanzminister schon längst am Ende seines Lateins ist. Er schafft es sogar, bei Steuereinnahmen in nie da gewesener Höhe neue Schulden in einer Größenordnung von fast 3 Mrd. € zu machen. Und auch bei unserer Ministerpräsidentin, Frau Kraft, so titelt die Welt am Sonntag vom 14. September 2014 ist das Gespür weg. Zit: „Rekordverschuldung, Niederlagen vor dem Verfassungsgericht? Macht nichts, wir haben doch die Hannelore“

**„Ein Weiterso“ wird es und darf es deshalb nicht geben“.**

Bevor Sie alle jetzt auf die Idee kommen, jetzt packt der Fraktionsvorsitzende der CDU seine Trickkiste aus, muss ich Sie leider enttäuschen

Uns wird, bei dem Szenario, was sich auch für die Gemeinde Raesfeld abzeichnet, nichts anderes übrig bleiben, wenn möglich gemeinsam daran zu arbeiten, diese Situation zu verändern

Sicher nicht dadurch, dass Teile UWG und SPD sich z.B. beim Thema Steueranhebungen vornehm zurücklehnen und es der CDU und den pragmatisch denkenden „Grünen“ überlassen, die Kartoffeln für sie aus dem Feuer zu holen, aber gleichzeitig an anderer Stelle Verbesserungen mit finanziellen Folgen anmahnen. Verantwortliche Politik sieht anders aus.

Nicht verstanden habe ich in diesem Zusammenhang das Abstimmungsverhalten der UWG und der SPD, die im HA gegen die vorgeschlagenen Festsetzungen zum HH gestimmt haben. Erklärt haben das weder UWG noch SPD.

Der vorliegende HH der Gemeinde Raesfeld für das HH-Jahr 2015 ist alles andere, als spannend. Er bildet das ab, was die Gemeinde sich

- a) leisten muss, weil sie entsprechende Aufgaben zu erfüllen hat
- b) noch leisten kann, weil sie noch über entsprechende Ausgleichsrücklagen verfügt
- c) eigentlich schon nicht mehr leisten kann, Verwaltung und Politik aber vergeblich nach Einsparungen suchen

Die CDU-Fraktion möchte zunächst leise, später laut darüber nachdenken – nachdenken dürfen, ohne Repressalien befürchten zu müssen – wie es uns gelingen kann, die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nachhaltig zu sichern. Das wird nicht ohne Konsequenzen bleiben können. Das wird, wenn wir es ernsthaft betreiben, spürbare Veränderungen nach sich ziehen müssen. Details sind momentan noch nicht spruchreif, aber es gibt Bereiche, über die wir Diskussionen anstoßen wollen und zu denen wir konkrete Vorschläge machen wollen

1. eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Grünpflege in der Gemeinde. Es liegen noch keine abschließenden Ergebnisse vor. Es kann nicht sein, am Ende der Diskussion festzustellen: wir benötigen einen neuen Flächenrasenmäher und wir benötigen eine zusätzliche Stelle beim Bauhof – das ist zu wenig
2. die CDU-Fraktion hat in der letzten HA-Sitzung angekündigt, sich mit der Förderpraxis für die Vereine zu beschäftigen und dazu Anregungen für die Zukunft zu geben
3. mit dem Antrag „Kommunikation zwischen Verwaltung und Rat“ hat die CDU-Fraktion zum HH 2015 eine Diskussion darüber angestoßen, wie wir zukünftig miteinander kommunizieren wollen, weil wir Einsparpotenziale vermuten
4. mit einem ergänzenden Antrag zum Thema Dorfentwicklung hat die CDU-Fraktion unterstrichen, dass sie das Thema Dorfentwicklung umfassender und deutlich weiter in die Zukunft gerichtet angehen will. Wir halten es für sinnvoll, die Ergebnisse der AK Dorfentwicklung OK Raesfeld, OK Erle und Schlossfreiheit abzuwarten und dann den nächsten Schritt zu gehen. Die CDU-Fraktion ist der Überzeugung, dass eine Gemeinde wie Raesfeld ihre Zukunft langfristiger planen muss, wenn sie Fehlentwicklungen, im schlechtesten Fall, Fehlentscheidungen vermeiden und nachhaltig Synergien erzielen will. Das wird nicht kostenlos zu

haben sein, das muss jedem klar sein, das ist auch der CDU klar. Nach unserer Überzeugung ist das aber gut investiertes Geld – schließlich geht es um die Zukunft unserer Gemeinde. Und noch eins ist wichtig. Die Bürger müssen einbezogen werden. Wenn die von uns gefundenen Ziele zu gemeinsamen Zielen der Verwaltung, der Politik und der Bürger werden, dann rückt die Dorfgemeinschaft enger zusammen und entwickelt hoffentlich einen gemeinsamen Geist, der die Erwartungen nicht ins Uferlose wachsen lässt und die Realisierung eines Konzeptes mit Dorfentwicklungsmaßnahmen Schritt für Schritt möglich macht

5. Die CDU-Fraktion ist dabei, wenn es darum geht, Standards, die wir in vielen Bereichen wie selbstverständlich gefunden und bisher gehalten haben, ernsthaft überprüfen und ggfs. neu justieren. Als Beispiel nenne ich das Thema öffentliche Flächen in der Gemeinde, das vom Gemeindeprüfungsamt mehrfach kritisch angesprochen wurde. Mit diesem Thema beschäftigt sich auch ein Artikel, der in der Zeitschrift „der Gemeinderat“ zu lesen war. Dort wird beschrieben, dass das neue kommunale Finanzmanagement den Blick über die reinen Bewirtschaftungskosten hinaus auf die **Dimension** der Gebäudeflächen und damit im Zusammenhang stehenden Kapitalkosten lenkt (Abschreibung, Miete, Verzinsung) Sie machen vielfach 50-60 % der gesamten Vollkosten aus. Ein Beispiel macht das deutlich: bei durchschnittlich 120-150 € Vollkosten je Quadratmeter Bruttogrundfläche entfällt somit ein Anteil von 90 € allein auf die Kapitalkosten. Es scheint nach diesen Zahlen besonders lohnenswert, hier den Hebel anzusetzen, weil im Optimalfall nicht nur eine Reduzierung oder der Wegfall der Kapitalkosten erreicht wird, sondern auch die laufenden Betriebskosten dauerhaft eingespart werden. Raesfeld braucht also möglichst kurzfristig Strategien und Handlungskonzepte zur Gebäude- und Flächenoptimierung. Besondere Potenziale werden in diesem Artikel aufgrund rückläufiger Kinder- und Schülerzahlen in den Schulen und bei den Sporthallen gesehen. Das Gebäudemanagement der Gemeinde Raesfeld muss strategischer ausgerichtet werden, wenn es noch erfolgreicher sein soll
6. Die CDU-Fraktion hat die Absicht, sich in den kommenden Wochen und Monaten intensiv mit den vorhandenen Planungsgrundlagen der Gemeinde zu beschäftigen.

Ausgehend vom LEP, über den Regionalplan, den Flächennutzungsplan der Gemeinde und die daraus entwickelten Bebauungspläne wollen wir Schritt für Schritt prüfen, ob die Pläne, mit denen wir heute arbeiten, noch zeitgemäß sind und daraus Anregungen für die Zukunft erarbeiten

7. Innerhalb der CDU hat es im laufenden Jahr intensive Diskussionen über das Thema Energieversorgung der Gemeinde gegeben. Aus einem speziell zu diesem Thema eingerichteten Arbeitskreis der CDU liegen erste Ergebnisse vor. Die CDU ist der Meinung, dass die Gemeinde i.R. des vorher angesprochenen Gemeindeentwicklungsplanes
  - a) einen **Energienutzungsplan** erstellen sollte, mit dem vergleichbar mit dem Flächennutzungsplan im Baubereich durch Kartierungen und konkrete Beschreibungen die Basis für Energieeinsparungen, Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Energien gelegt wird
  - b) ein **Energiekonzept** benötigt, mit dem im zweiten Schritt insbesondere das Ziel verfolgt wird, konkrete Maßnahmen und Projekte auf den Weg zu bringen  
Hierzu wird die CDU-Fraktion unter der Überschrift „Versorgung der öffentlichen Gebäude der Gemeinde mit Energie“ in den nächsten Wochen einen konkreten Antrag einbringen, der die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes vorsieht.
  - c) in einem weiteren Schritt geht es nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion um die Frage der Wertschöpfung und die Frage, wie kann die Wertschöpfung in der Gemeinde bleiben?
8. Wir wollen zusammen mit der Verwaltung in der nächsten Sitzungsrunde über die Erfahrungen und Eindrücke zu den beschlossenen Regelungen für Hundehalter sprechen. Die Verbesserung des Angebotes für Hundehalter ist im Januar 2013 auf Initiative der CDU-Fraktion beschlossen worden. Zwei Jahre danach ist der Zeitpunkt gekommen, eine Überprüfung der Wirksamkeit der Veränderungen vorzunehmen
- In der BZ wurde die Frage gestellt: „Jeder dritte Kindergarten bedroht?“ In dem Artikel ging es um Fragen der Kindergartenfinanzierung. Die von den Trägern geforderten Eigenanteile, so heißt es dort, können viele Träger nicht mehr aufbringen. Es ist aber nicht hinzunehmen, dass diejenigen, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, offensichtlich nicht für die entsprechende

Finanzausstattung sorgen. Das wird speziell im Bereich der Kindergärten und KITAS so eklatant deutlich und belastet den Gemeinde-HH über viele Jahre in immer stärkerem, aus unserer Sicht nicht mehr vertretbaren, Maße. Die Finanzierung ist aber nur eine von mehreren wesentlichen Fragen, mit denen wir im Bereich der Kindergärten zu tun haben. Wir sind der Meinung, dass die Planung dringend verbessert werden muss. Die CDU-Fraktion tritt dafür ein, die Gesamtplanung durch die Gemeinde enger zu begleiten. Mit spontan getroffenen Entscheidungen sind wir, das sage ich hier ganz bewusst, im Nachhinein nicht glücklich. Beispiel Kindergarten St. Martin – Weseler Straße. Besonders investive Maßnahmen und die dazu notwendigen Entscheidungen brauchen mehr Vorlaufzeit in der Planung, Beratung und in der Umsetzung. Dass ein Kindergarten, wie jetzt in Erle, bauliche Mängel hat, steht oft nicht erst seit gestern fest. Entscheidungen unter Zeitdruck treffen zu müssen, ist für alle Beteiligten unbefriedigend und führt im Ergebnis nicht immer zu den besten Lösungen. Zukünftige Raumlösungen, die von der Gemeinde mitfinanziert und mitunterhalten werden sollen, sollten nach unserer Meinung stärker **modular** aufgebaut sein und bei Bedarf modular ergänzt werden können. Ein ganz anderes Problem wird deutlich aus der Überschrift der BZ, in der Experten zitiert werden, die davon sprechen, dass 100.000 Erzieherinnen in Kitas fehlen. Studien zufolge ist auch die Qualität von 80 % der Krippen- und Tagespflegeeinrichtungen mittelmäßig. Die CDU hat immer wieder erklärt, dass sie für ein gutes Klima für Familien mit Kindern eintritt. Dazu gehören für uns gut ausgestattete Kindergärten, KITAS, Schulen usw.. Die „Familienfreundlichkeit“ ist einer der wesentlichen Standortfaktoren der Zukunft für die Gemeinde – das kann auf Dauer aber nicht nach dem Motto „koste es, was es wolle“ funktionieren

Im Rahmen einer HH-Klausur hat die CDU-Fraktion intensiv die Gelegenheit genutzt, zu diskutieren, Fragen zu klären und ihre Meinung zum HH der Gemeinde für das Jahr 2015 festzulegen.

- Wir begrüßen die Einrichtung eines Gemeindearchivs und freuen uns über die Bereitschaft, ehemaliger Mitarbeiter der Gemeinde, sich dafür einzubringen
- Wir unterstützen die geplanten Veränderungen im Rathausaal und freuen uns über die damit angestrebte Flexibilisierung in der Nutzung

- Wir begrüßen die Bereitstellung von Mitteln, die neben der turnusmäßigen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt von Zeit zu Zeit eine externe Prüfung ermöglicht. Die Anregung kommt von der CDU-Fraktion. Wir wollen das nicht als Misstrauen gegenüber der Verwaltung verstanden wissen. Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass wir insgesamt mehr Sicherheit in HH-Fragen erreichen, wenn über die begrenzten Prüfungsmöglichkeiten des RPA hinaus, Fachleute einen ergänzenden Blick auf die Gemeindefinanzen werfen
- Überrascht sind wir von dem hohen Aufwand für die Freiräumung des Kasernengeländes in Erle. Aber wir sehen keine Alternative, das Gelände baureif zu machen. Die konkreten Ausschreibungsergebnisse sehen hoffentlich positiver aus. Was in diesem Zusammenhang mehr Sorgen bereitet, ist der unverhältnismäßig hohe Aufwand für Ausgleichsmaßnahmen. Ausgleich ist ohne Zweifel notwendig. Hier schießen die Umweltbehörden eindeutig übers Ziel hinaus. Flächen sind ohnehin knapp und schwer verfügbar. Die Zeche zahlt die Gemeinde bzw. die zukünftigen Bauherren
- Was uns immer wieder stört, sind Schäden, die vornehmlich durch Flachdachlösungen an gemeindlichen Gebäuden auftreten. Die CDU tritt grundsätzlich dafür ein, Flachdachlösungen bei vertretbarem Aufwand zu verändern. Wir versprechen uns davon technisch bessere, längerfristig haltbarere und zukünftig wirtschaftlichere Lösungen
- Wir unterstützen bewusst die Pläne, unsere Schulen mit zeitgemäßen Unterrichtsmitteln auszustatten
- Wir sind bereit, das Angebot des Schülerspezialverkehrs zu verbessern, so dass Schüler, die die Raesfelder Schulen besuchen wollen, ihren Schulweg gut und sicher zurücklegen können
- Wir bedanken uns für die Informationen, die wir auf unseren Antrag zur Inklusion in den Raesfelder Schulen erhalten haben
- Bei der Position „Unterhaltung der Kinderspielplätze“ sollten wir bei nächster Gelegenheit die Frage diskutieren, ob es dauerhaft nicht besser ist, zu einer Konzentration von Standorten und gleichzeitig zu einer attraktiveren Ausstattung der Kinderspielplätze zu kommen, als jeden bisherigen Standorte automatisch durch Austausch von Geräten zu erhalten. Der Geräteaustausch ist nach unserer

Wahrnehmung häufig nicht erforderlich, weil sie abgenutzt sind, sondern aus oft eher Sicherheitsgründen. Vielleicht ist es möglich, die Intensität der Nutzung der Kinderspielplätze einmal zu überprüfen. Wichtig wäre natürlich, dass die Eltern einbezogen werden. Darüber hinaus sollten wir darüber nachdenken, ob Raesfeld, wie anderswo schon praktiziert, an verschiedenen Stellen im Gemeindegebiet Fitnessgeräte für Senioren anbieten kann. Sport und Spiel fördern die Gesundheit. „Beim Spiel lernt man einen Menschen in einer Stunde besser kennen, als bei Gesprächen im ganzen Jahr“, hat der griechische Philosoph Platon einmal gesagt

- Erheblicher Aufwand steht der Gemeinde im Bereich der Abwasserbeseitigung ins Haus. Allein die Sanierung und der Neubau von Regenrückhaltebecken erfordern mehr als 1 Mio. €. Es kommen Zweifel an der Qualität der Planungen auf, wenn sich schon nach relativ kurzer Zeit herausstellt, dass mit hohem Aufwand erstellte Lösungen nicht nachhaltig wirken.
- Der geplante Rückbau der Dorstener Straße findet unsere, wenn damit mehr Verkehrssicherheit erreicht wird und der dörfliche Charakter verbessert werden kann. Die Frage der finanziellen Folgen für die Anlieger muss geklärt werden
- Die Durchführung von Bürgerversammlungen hat sich bewährt. Wir wünschen uns, rechtzeitige Informationen
- Die CDU bittet die Verwaltung, die Auswirkungen der Wasserrahmenrichtlinien für die Gemeinde transparent zu machen und aufzuzeigen, wo für die Gemeinde Raesfeld Handlungsbedarf entsteht
- Das Naturparkhaus hat mit Frau Dagmar Beckmann eine neue Leitung. Die CDU ist daran interessiert, die neue Leiterin in einer der nächsten Sitzungen persönlich kennenzulernen und würde sich freuen, wenn sie gleichzeitig ihre Pläne für ihre neue Aufgabe vorstellen könnte

Eine Frage bleibt offen: „Wie sollen wir als Verantwortliche für die Finanzen der Gemeinde Raesfeld unseren Haushalt in Ordnung bringen bzw. halten, wenn wir ständig hören müssen – das können wir nicht verändern (Ausgleichsflächen, Regenrückhaltebecken, Kindergärten, Jugendhilfe und, und, und?)“

Abschließend erkläre ich hiermit für die CDU-Fraktion, dass wir dem von der Verwaltung vorgelegten HH für das Jahr 2015 mit der vorgeschlagenen Haushaltssatzung und den dort

genannten Ansätzen des Haushaltes im Ergebnisplan und im Finanzplan zustimmen. Das beinhaltet auch unsere Zustimmung für die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zur Deckung des Defizits. Wir tragen auch die im § 6 der HH-Satzung vorgeschlagenen Steuersätze für die Gemeindesteuern und den im Anhang festgestellten Stellenplan mit.

Die Verwaltung, die im kommunalen Vergleich nach wie vor kostengünstig arbeitet, hat ein großes Lob verdient. Im Namen der CDU-Fraktion möchte Dank und Anerkennung aussprechen.

1. für den seit einigen Jahren wieder sehr frühzeitig vorgelegten HH,
2. für die ergänzenden Informationen bei den HH-Planberatungen
3. für die sehr zuverlässig geleistete Arbeit in der Verwaltung und in den Außenstellen sowie auf dem Bauhof und, wie seit Jahren unverändert,
4. für ihren Beitrag zu einer sachbezogenen, vertrauensvollen Zusammenarbeit im Rat und im persönlichen Umgang.
5. Besonders hervorheben möchte ich das Engagement unseres Bürgermeisters, Andreas Grotendorst und des 1. Beigeordneten, Martin Tesing. Was sie für die Gemeinde tun, geht oft über das normale Maß hinaus und verdient besonderen Respekt. Ein besonderes Lob haben beide für die Arbeitsergebnisse der letzten Tage verdient. Ihr wisst, was ich meine.

Dank sage ich auch den anderen Fraktionen für die angenehme Zusammenarbeit, der Presse für sachliche und objektive Begleitung unserer Arbeit, den Mitgliedern der CDU-Fraktion, die mich unterstützt und 2014 wieder viel in Gang gebracht hat.

Wenn wir den Mut finden, immer wieder neue Ideen entwickeln und es schaffen, das Ehrenamt mit seinen vielen Facetten langfristig zu fördern und zu sichern ist mir um die Zukunft von Raesfeld, Erle und Homer nicht bange. Dann wird Raesfeld – wie der Slogan des Ortsmarketing lautet, „einfach einladend“ bleiben.

Die CDU-Fraktion jedenfalls tritt an, die Zukunft der Gemeinde aktiv mitzugestalten.

Ich bleibe dabei: „**Ein Weiterso kann und darf es nicht geben**“. Wir wollen alles dafür tun, das Gespenst der HH-Sicherung für Raesfeld solange, wie möglich, von der Gemeinde fern zu halten. Studien von Zukunftsforschern belegen, dass mehr als 50 % der Bundesbürger eine

Zukunftspolitik fordern und bereit sind, dafür Wohlstandsverluste hinzunehmen. Das ist eine radikale Meinungsveränderung gegenüber älteren Umfragen. Das ist gleichzeitig unsere Chance.

Perikles, ein führender Staatsmann aus Athen, hat bereit 490 vor Christus gesagt: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorauszusagen, sondern auf die Zukunft gut vorbereitet zu sein“.

Wie relativieren sich unsere Sorgen, wenn man weiß, dass wir weltweit vor der Situation stehen, 13 Milliarden Menschen satt machen zu können. Über die Hälfte dieser Nahrung stecken wir in die Produktion von Tieren für Milch und Fleischkonsum. Und mittlerweile stecken wir ein weiteres Segment dieser Nahrung in die Produktion von Bio-Energie. Die USA nutzen mittlerweile mehr als ein Drittel ihrer ohnehin hohen Weizenernte für diesen neuen Zweck. Für zwei Tankfüllungen Biosprit wird so viel Korn verbraucht, wie ein Mensch in Afrika braucht, um ein Jahr zu überleben. Und das alles wird manchmal auch noch als wichtiger Beitrag zum Klimaschutz positioniert.

Ich glaube, dass ein Sprichwort, das **Arthur Schopenhauer** einmal gesagt hat, ein Umdenken bewirken kann: „Wir denken selten an das, was wir haben, aber immer an das, was uns fehlt.“

Danke für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit